

Der US *Atomic Energy Act* und seine Auswirkungen auf den Stand der Atomphysik

MAG. ARTHUR H. LAMBAUER

A) Vorgeschichte

I. Zur sogenannten Geldstabilisierung durch die nachmaligen Alliierten

In ihrem *tripartite gentlemen's agreement on monetary stabilization* vom 25.9.1936¹, welches in einem *statement by secretary of the treasury Henry Morgenthau* wiedergegeben ist, sprachen sich Frankreich, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten zunächst in einem Punkt 1. ab, wie folgt:

1. The Government of the United States, after consultation with the British Government and the French Government, joins with them in affirming a common desire to foster those conditions which safeguard peace and will best contribute to the restoration of order in international economic relations and to pursue a policy which will tend to promote prosperity in the world and to improve the standard of living of peoples.

Dieser durchaus hehre Ansatz wird im Punkt 2. sogleich stark relativiert:

2. The Government of the United States must, of course, in its policy toward international monetary relations take into full account the requirements of internal prosperity, as corresponding considerations will be taken into account by the Governments of France and Great Britain; it welcomes this opportunity to reaffirm its purpose to continue the policy which it has pursued in the course of recent years, one constant object of which is to maintain the greatest possible equilibrium in the system of international exchange and to avoid to the utmost extent the creation of any disturbance of that system by American monetary action. The Government of the United States shares with the Governments of France and Great Britain the conviction that the continuation of this two-fold policy will serve the general purpose which all the Governments should pursue.

Wenn mit dem Ansatz in zuvor zitiertem Punkt 1. alle Staaten und Völker gemeint gewesen wären, hätte sich von selbst verstanden, dass auch die innere Prosperität der drei Erklärenden davon umfasst gewesen wäre.

Den beiden weiteren fett hervorgehobenen Passagen im Punkt 2. kann eine gewisse zynische Note nicht abgesprochen werden: die seit Jahren gepflogene Währungspolitik bestand somit vor allem darin, ein größtmögliches Gleichgewicht im internationalen Währungssystem aufrecht zu erhalten und dabei in einem äußersten Ausmaß die Schaffung von Störungen dieses Systems durch amerikanische monetäre Maßnahmen zu vermeiden. Woran sich die beiden zuvor kursiv hervorgehobenen Parameter zu orientieren hatten, war somit klar: an der inneren Prosperität.

Um die Aufgeblasenheit der behaupteten Gemeinnützigkeit dieses Konzepts sogleich wieder verpuffen zu lassen, fügte nach einem Punkt 3. Frankreich hinzu, was folgt:

3. The French Government informs the United States Government that, judging that the desired stability of the principal currencies cannot be insured on a solid basis except after the reestablishment of a lasting equilibrium between the various economic systems, it has decided with this object to propose to its Parliament the readjustment of its currency. The Government of the United States, as also the British Government, has welcomed this decision in the hope that it will establish more solid foundations for the stability of international economic relations. The United States Government, as also the British and French Governments, declares its intention to continue to use appropriate available resources so as to avoid as far as possible any disturbance of the basis

of international exchange resulting from the proposed readjustment. It will arrange for such consultation for the purpose as may prove necessary with the other two Governments and their authorized agencies.

Hier wird die im Punkt 2. angesprochene Währungsstabilität auf hauptsächlich Währungen reduziert und folgerichtig eine Mehrheit von verschiedenen Wirtschaftssystemen postuliert, zwischen welchen ein andauerndes Gleichgewicht bestehen sollte; wobei dieses erst wiederherzustellen sei, was offenbar in eine Zukunft nach dem damit fixierten Kalten Krieg weist.

Die beiden letzten Punkte 4. und 5. dieses Statements lauten:

4. The Government of the United States is moreover convinced, as are also the Governments of France and Great Britain, that the success of the policy set forth above is linked with the development of international trade. In particular it attaches the greatest importance to action being taken without delay to relax progressively the present system of quotas and exchange controls with a view to their abolition.

5. The Government of the United States, in common with the Governments of France and Great Britain, desires and invites the cooperation of the other nations to realize the policy laid down in the present declaration. It trusts that no country will attempt to obtain an unreasonable competitive exchange advantage and thereby hamper the effort to restore more stable economic relations which it is the aim of the three Governments to promote.

Auch der Begriff des *voranschreitenden Entspannens* des gegenwärtigen Systems von Quoten und Wechselkontrollen ist freilich ein relativer und sehr dehnbarer, wovon – das steht heute fest – zu Lasten der sich entwickelnden Welt über Gebühr Gebrauch gemacht wurde.

Wenn im Punkt 5. die *anderen Nationen* zur Zusammenarbeit, die hierin festgelegte Politik zu realisieren, aufgerufen wurden, war dies gegenüber den damals noch offen fremd regierten Völkern insbesondere Afrikas der blanke Hohn. Außerdem wurde das dabei implizit ausgesprochene Verbot des Erlangens wettbewerblicher Währungsvorteile auf solche beschränkt, die nicht *reasonable* wären, was wohl gleichermaßen an den Eckpfeilern der zuvor niedergelegten Politik zu messen sein hätte sollen, wobei sogar die *unreasonable* Vorteile nur dort untersagt hätten sein sollen, wo sie die Anstrengung, stabilere Wirtschaftsbeziehungen wieder einzurichten, behinderten: Dies konnte für den eingeläuteten zeitlichen Zwischenraum dieser Politik (die Dauer des Kalten Krieges) bedeuten, dass zunächst eine Stabilität im garstigen Sinne eines stabilen Ungleichgewichts (zulasten etwa Afrikas) erlaubt sein sollte, auf dass dieses sodann und hernach wieder ausgeglichen werden sollte.

Plausibel ist diese interpretative Sicht (die zugunsten der Integrität der drei angesprochenen Mächte eingenommen werden soll) deshalb, weil unter vernünftigen Gesichtspunkten die innere Prosperität Grenzen zu haben hatte, bei deren Erreichung der Kalte Krieg abgestellt und der angesprochene Ausgleich hergestellt werden könnte.

Das ganze Arrangement diente also ebenfalls dem Zweck, R&D konzentriert voranzutreiben, um sodann würdigen Ausgleich zu schaffen. Allein das Letztere geriet sodann außer Augen!

¹ BEVANS, *Treaties and other international agreements*, III, 277.

II. Das Rambouillet-Abkommen (1936)

Am 6. September 1936 paraphierten Vertreter Polens und Frankreichs im französischen Rambouillet ein Abkommen² über Rüstungsfinanzierung. Dieses Abkommen, das durch Briefwechsel am 17. September 1936 in Kraft gesetzt und (von Frankreich) 1964 erstmals veröffentlicht wurde³, sah laut dessen erstem Paragraphen zentral vor, was folgt:

Le gouvernement français consent à mettre à la disposition du gouvernement polonais des ressources d'un montant équivalent à 2 milliards de francs au rythme de 500 millions de francs par an pendant quatre ans, à compter du 1er octobre 1936.

Aus dem Rest des Abkommens ergibt sich, dass damit ein Konzept, wenn schon nicht fortgesetzt, so doch wenigstens systematisiert etabliert werden sollte, wonach Kredit zum Kauf von Waffen gewährt wurde, welche vom Kreditgeber auf dem Territorium des Kreditnehmers in Lizenzunternehmen hergestellt würden. Damit in engem Zusammenhang steht das System *lease-lend* des gleichnamigen, unten zu erörternden US-Acts aus 1941.

Durch die Artikel 164 ff.⁴ des Versailler Vertrages (1919) war Deutschland weitgehend entwaffnet worden. Im Oktober 1921 war Deutschland per Beschluss des Rates des Völkerbundes seiner rohstoffreichen Provinz Oberschlesien (trotz gegenteiliger Volksabstimmung) zugunsten Polens entledigt worden.

Am 19. Februar 1921 hatten Polen und Frankreich eine Politische Vereinbarung⁵ getroffen, wonach u. a. galt, was folgt:

Le Gouvernement polonais et le Gouvernement français, également soucieux de sauvegarder, par le maintien des traités qui ont été signés en commun ou qui seront ultérieurement respectivement reconnus, l'état de paix en Europe, la sécurité et la défense de leur territoire ainsi que leurs intérêts mutuels politiques et économiques, ont convenu ce qui suit :

[...]

3. Si, contrairement aux prévisions et aux intentions sincèrement pacifiques des deux Etats contractants, ceux-ci ou l'un des deux se voyaient attaqués **sans provocation de leur part**, les deux Gouvernements se concerteraient en vue de la défense de leur territoire et de la sauvegarde de leurs intérêts légitimes dans les limites précisées dans le préambule.

Obschon Deutschland 1936 *de facto* kein Mitglied des Völkerbundes mehr war, verstieß das Rambouillet-Abkommen implizit gegen den zuvor zitierten Paragraphen 3 der Politischen Vereinbarung aus 1921, weil die darin liegende massive Provokation Deutschlands nicht dem Geist derselben entsprechen konnte. Im Übrigen verstieß das Rambouillet-Abkommen auch gegen den Geist des Völkerbundes, der keine solche Aufrüstung vorgesehen hatte, mithin insbesondere gegen Artikel 1 Absatz 2 sowie Artikel 8 dessen Statuts, wo jeweils Abrüstung zugunsten des Friedens bzw. die Oberherrschaft des Völkerbundes über Rüstungsentscheidungen festgelegt waren.

Führt man sich all das vor Augen, erhellt, dass schon der Polenfeldzug im September 1939 mehr ein legitimer Befreiungsschlag Deutschlands als eine Völkerrechtswidrigkeit war, wobei das damalige Völkerrecht ein generelles Verbot von Präventivkriegen nicht kannte.

III. Der Dreimächtepakt aus 1940

Am 27. September 1940 unterzeichneten Vertreter Deutschlands, Italiens und Japans den so genannten Dreimächtepakt⁶, aus dessen authentischer deutscher Fassung wie folgt zitiert wird:

Die Regierungen von Deutschland, Italien und Japan sehen es als eine Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden an, dass jede Nation der Welt den ihr gebührenden Raum erhält. Sie haben deshalb beschlossen, bei ihren Bestrebungen im groß-ostasiatischen Raum und in den europäischen Gebieten Seite an Seite zu stehen und zusammenzuarbeiten, wobei es ihr vornehmstes Ziel ist, eine neue Ordnung der Dinge zu schaffen und aufrechtzuerhalten, die geeignet ist, Gedeihen und Wohlfahrt der dortigen Völker zu fördern. Es ist ferner

² MINISTÈRE DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES, *Documents Diplomatiques Français 1932-1939*, 2^{ème} série, tome III, 377.

³ Siehe SAKWA, *The „renewal“ of the franco-polish alliance in 1936 and the Rambouillet Agreement*, in: *The Polish Review*, Spring, 1971, Vol. 16, No. 2 (Spring, 1971), pp. 45-66!

⁴ MARTENS, N. R. G., 3^{ème}, XI, 446.

⁵ *AaO*, XII, 880.

⁶ *AaO*, XXXVIII, 362.

der Wunsch der drei Regierungen, die Zusammenarbeit auf solche Nationen in anderen Teilen der Welt auszudehnen, die geneigt sind, ihren Bemühungen eine ähnliche Richtung wie sie selbst zu geben, damit so ihre auf den Weltfrieden als Endziel gerichteten Bestrebungen verwirklicht werden können. Dementsprechend haben die Regierungen von Deutschland, Italien und Japan folgendes vereinbart:

Unschwer zu erkennen ist, dass es sich hierbei um ein Pendant zum oben erörterten Stabilitäts-Arrangement handelt, wobei der Unterschied besonders darin liegt, dass hier die Zeit für den angesprochenen Ausgleich bereits als gekommen angesehen wurde. Wie auch immer man dies sehen mag, feststeht, dass Millionen Menschenleben verschont geblieben wären, wenn diesem Pakt zum Durchbruch verholfen worden wäre, dessen beabsichtigte Folgewirkungen heute ja im ISA-Regime der UNCLOS ihren Widerhall⁷ gefunden haben.

Hier bloß am Rande angemerkt soll werden, dass sich die behauptete Kriegsschuld Deutschlands unter diesen Prämissen gänzlich anders darstellt. Denn die (wohl zu bejahende) Frage ist auch, ob die seit 1945 unter weitestgehendem Ausschluss der Dritten Welt erzielten technischen und wissenschaftlichen Errungenschaften nicht auch mit deren Einbeziehung erfolgen hätten können.

IV. Der US-amerikanische *Lend-Lease Act* 1941

Diesbezüglich wird auf meine Ausführungen im Schriftsatz an den EGMR vom 8. November 2016⁸ verwiesen.

V. Die *Atlantic Charter*

Am 12. August 1941 unterzeichneten UK and USA die nachmalig als *Atlantic Charter* bekannt gewordene Vereinbarung⁹, in der es u.a. heißt:

The President of the United States and the Prime Minister, Mr. Churchill, representing His Majesty's Government in the United Kingdom, have met at sea.

They have been accompanied by officials of their two Governments, including high-ranking officers of their Military, Naval, and Air Services.

Immerhin werden hier die hochrangigen Offiziere der Militärs als Offizielle der Regierungen, mithin als deren Teil, bezeichnet, wovon heute, hat man oft den Eindruck, zugunsten einer Verselbständigung der Kommandos der Armeen gegenüber der Politik nicht mehr die Rede sein kann.

Klar ist, dass die oben erörterte Geldpolitik der drei Mächte militärische Stützung benötigte, war doch zufolge der ihr innewohnenden Diskriminierung der Völker der sich entwickelnden (rohstoffreichen) Welt massiver Widerstand von dort zu erwarten.

Sodann wird Bezug auf den *Lend-lease Act* genommen, wie folgt:

The whole problem of the supply of munitions of war, as provided by the Lease-Lend Act, for the armed forces of the United States and for those countries actively engaged in resisting aggression has been further examined.

Auch hier wird anhand der fett hervorgehobenen Passage deutlich, dass die unter *Lend-lease* gelieferten Waffen (nicht für die Armeen der jeweiligen Empfangsstaaten gedacht waren, sondern) im Verfügungsbereich der USA verbleiben sollten. In engstem Zusammenhang damit sind auch die hunderten militärischen Stützpunkte der USA zu sehen, welche diese nach dem WKII aufrechterhalten bzw. eingerichtet haben: selbstredend im Widerspruch zur UN-Charta und somit völkerrechtswidrig.

Sodann folgt in der *Atlantic Charter* der nachstehende Text:

Lord Beaverbrook, the Minister of Supply of the British Government, has joined in these conferences. He is going to proceed to Washington to discuss further details with appropriate officials of the United States Government. These conferences will also cover the **supply problems of the Soviet Union**.

⁷ Siehe dazu den genannten Schriftsatz (FN 8), Teil II, *passim*.

⁸ RNN 1123 ff.

⁹ *AaO* (FN 4), XLI, 323. Ebd., 324. findet sich die folgende Anmerkung:

At a meeting of the Inter-Allied Council at St. James's Palace on Sept. 29, 1941 the Atlantic Charter was accepted and endorsed by the representatives of Belgium, Czechoslovakia, Greece, Luxembourg, Netherlands, Norway, Poland, U. S. S. R., Yugoslavia, and Free France.

The President and the Prime Minister have had several conferences. They have considered the dangers to world civilization arising from **the policies of military domination by conquest upon which the Hitlerite government of Germany and other governments associated therewith have embarked**, and have made clear the stress which their countries are respectively taking for their **safety** in the face of these dangers.

Zu diesem Zeitpunkt war die UdSSR noch Verbündeter der Alliierten, worin zugleich und im Hinblick auf das bisher Erörterte ein starkes Indiz liegt, dass der Kalte Krieg von langer Hand geplant war.

Durch den – wie oben gezeigt: massiv provozierten – Angriff Deutschlands auf Polen konnte hier gleichsam plausibel behauptet werden, Deutschland verfolge (wohl: auch im Zusammenhang mit dem Dreimächtepakt) eine feindselige Eroberungspolitik, was in etwa denselben Wahrheitsgehalt hatte wie der zum Schein kolportierte Zweck des Stabilitäts-Arrangements.¹⁰

Beachte hierzu, dass dem englischen Substantiv *safety*, anders als dem der *security*, ein Moment der Rechtmäßigkeit nicht innewohnt, was von bezeichnender Bedeutung ist.

In der *Atlantic Charter* folgt sodann die nachstehende Erklärung:

Joint declaration of the President of the United States of America and the Prime Minister, Mr. Churchill, representing His Majesty's Government in the United Kingdom, being met together, deem it right to make known certain common principles in the national policies of their respective countries on which they base their hopes for a better future **for the world**.

Dass diese Ordnung zum Vorteil der ganzen Welt gereichen würde, blieb bis heute Hohn. Im Text der Charta folgen acht Punkte, deren Erörterung den Raum für diese Arbeit sprengte.

VI. Die Erklärung der *United Nations*^{11, 12} (1942)

Unter zuvor angestellter ausdrücklicher Bezugnahme auf die *Atlantic Charter* heißt es darin, unterzeichnet am 1. Jänner 1942 von 26 Staaten¹³, vor allem, wie folgt:

Being convinced that complete victory over their enemies is essential to defend life, liberty, independence and religious freedom, and to preserve human rights and justice in their own lands as well as in other lands, and that they are now engaged in a common struggle against savage and brutal forces seeking to subjugate the world, declare:

1) Each Government pledges itself to employ its full resources, **military or economic**, against those members of the tripartite pact and its adherents with which such government is at war.

2) Each Government pledges itself to cooperate with the Governments signatory hereto and not to make a separate armistice or peace with the enemies.

Durch die Wahl zwischen militärischen und wirtschaftlichen Ressourcen, die aufzuwenden seien, war sichergestellt, dass unter *Lend-lease* die Verfügungsmacht über gelieferte Waffensysteme in eigener Hand bleiben konnte.

Von religiöser Freiheit konnte, schon wegen der bald nachfolgenden Ausrufung des Staates Israel, der nicht Vertragspartei ist, keine Rede sein.

VII. Die US-amerikanisch-iranische Zusammenarbeit in militärischen Belangen

Hierzu kann auf meine Arbeit¹⁴ zu diesem Thema verwiesen werden.

VIII. Das Quebec-Abkommen (1943)

Am 19. August 1943 unterzeichneten Vertreter von UK und USA im kanadischen Quebec ein Abkommen¹⁵ zur Kooperation in Sachen Atombombe. Darin heißt es u.a.:

Whereas it is vital to our common **safety** in the present War to bring the Tube Alloys¹⁶ project to fruition at the earliest moment; and whereas this may be more speedily achieved if all available British and American brains and

resources are pooled: and whereas owing to war conditions it would be an improvident use of war resources to duplicate plants on a large scale on both sides of the Atlantic and therefore a far greater expense has fallen upon the United States;

It is agreed between us ...

Auch hier ist die Rede nur von (faktischer) *safety*, nicht von (rechtlich gestützter) *security*.

Rechtstechnisch ist der Gegenstand dieses Abkommens als Gesellschaft anzusehen, die den Zweck hat, *Tube Alloys* gemeinschaftlich zu entwickeln.

Es folgen die vereinbarten Punkte:

First, that we will never use this agency against each other.

Secondly, that we will not use it against third parties without each other's consent.

Thirdly, that we will not either of us **communicate** any information about Tube Alloys to third parties except by mutual consent.

Fourthly, that in view of the heavy burden of production falling upon the United States as the result of a wise division of war effort, the British Government recognize that any post-war advantages of an industrial or commercial character shall be dealt with as between the United States and Great Britain on terms to be specified by the President of the United States to the Prime Minister of Great Britain. The Prime Minister expressly disclaims any interest in these industrial and commercial aspects beyond what may be considered by the President of the United States to be fair and just and in harmony with the economic welfare of the world.

(Aus dem Punkt zweitens ergibt sich im Übrigen klar, dass *Hiroshima* und *Nagasaki* nicht ohne Zustimmung des UK vonstattengehen konnte.)

Der Dritte Punkt ist wesentlich für die unten noch näher zu erörternde nukleare Zusammenarbeit zwischen den USA und Iran, wobei dem fett hervorgehobenen *communicate* besondere Bedeutung zukommen wird.

Sodann folgt der Fünfte Punkt:

And Fifthly, that the following arrangements shall be made to ensure full and effective collaboration between the two countries in bringing the project to fruition:

Dieser betrifft die Errichtung eines *Combined Policy Committee*, das im Verhältnis 3:2:1 von USA, UK und Kanada besetzt werden und das die folgenden Zuständigkeiten haben sollte:

(1) To agree from time to time upon the programme of work to be carried out in the two countries.

(2) To keep all sections of the project under constant review.

(3) To allocate materials, apparatus and plant, in limited supply, in accordance with the requirements of the programme agreed by the Committee.

(4) To settle any questions which may arise on the interpretation or application of this Agreement.

Das gesamte Abkommen stellt nach der evidenten Absicht der Parteien bereits auf eine Alleinstellung ihrer in Sachen Nukleartechnologie und Kernwissenschaft ab, worauf hier zurückzukommen sein wird.

IX. Das *Agreement Between the United States and the United Kingdom for the Establishment of the Combined Development Trust* (1944)

Am 13. Juni 1944 vereinbarten und erklärten¹⁷ die Vertreter des UK und der USA u. a., was folgt:

WHEREAS an agreement (hereinafter called the Quebec Agreement) was entered into on 19 August 1943 by and between the President of the United States and the Prime Minister of the United Kingdom; and

WHEREAS it is an object vital to the common interests of those concerned in the successful prosecution of the present war to insure the acquisition at the earliest practicable moment of an adequate supply of uranium and thorium ores; and

¹⁰ Vor diesem Hintergrund und angesichts der nachfolgenden Bedeutung des Nahen Ostens für den (nachgerade versklavten) Wirtschaftsmotor Deutschland wird abermals deutlich, wie wahrscheinlich eine Direktion von außerhalb Deutschlands rücksichtlich des Holocaust ist.

¹¹ Nicht zu verwechseln mit den *United Nations* der UN-Charta (1945).

¹² MARTENS, *aaO* (FN 4), XLI, 325.

¹³ Darunter auch die UdSSR.

¹⁴ LAMBAUER, *Zur US-amerikanischen Einflussnahme auf Iranische Sicherheitseinrichtungen seit 1942*, [passim](#).

¹⁵ *UST*, V/1, 1114.

¹⁶ https://de.wikipedia.org/wiki/Tube_Alloys.

¹⁷ *FRUS*, 1944/II, 1026.

WHEREAS it is the intention of the Two Governments to control to the fullest extent practicable the supplies of uranium and thorium ores within the boundaries of such areas as come under their respective jurisdictions; and

WHEREAS the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland intends to approach the Governments of the Dominions and the Governments of India and of Burma for the purpose of securing that such Governments shall bring under control deposits of the uranium and thorium ores within their respective territories; and

WHEREAS it has been decided to establish a joint organization for the purpose of gaining control of the uranium and thorium supplies in certain areas outside the control of the Two Governments and of the Governments of the Dominions and of India and of Burma;

NOW IT IS HEREBY AGREED AND DECLARED AS FOLLOWS:

1. (1) There shall be established in the City of Washington, District of Columbia, a Trust to be known as "The Combined Development Trust."

(2) The Trust shall be composed of and administered by six persons who shall be appointed, and be subject to removal, by the Combined Policy Committee established by the Quebec Agreement.

2. The Trust shall use its best endeavors to gain control of and develop the production of the uranium and thorium supplies situate in certain areas other than the areas under the jurisdiction of the Two Governments and of the Governments of the Dominions and of India and of Burma and for that purpose shall take such steps as it may in the common interest think fit to:

- a. Explore and survey sources of uranium and thorium supplies.
- b. Develop the production of uranium and thorium by the acquisition of mines and ore deposits, mining concessions or otherwise.
- c. Provide with equipment any mines or mining works for the production of uranium and thorium.
- d. Survey and improve the methods of production of uranium and thorium.
- e. Acquire and undertake the treatment and disposal of uranium and thorium and uranium and thorium materials.
- f. Provide storage and other facilities.
- g. Undertake any functions or operations which conduce to the effective carrying out of the purpose of the Trust in the common interest.

Wir halten dafür, dass diese Inhalte selbsterklärend sind. Sie zielen jedenfalls auf ein totales Monopol in Nukleartechnischem und Kernphysikalischem durch Monopolisierung der hierfür benötigten natürlich vorkommenden Radionuklide und deren Be- und Verarbeitung ab.

Mit dem *Memorandum of Agreement Between the United States, the United Kingdom, and Belgium Regarding Control of Uranium*¹⁸, wurde Belgien mit dem Trust-Abkommen assoziiert, was im Hinblick auf die Uranvorkommen im Kongo plausibel war.

X. Die Resolution 1 (I) der UNGA¹⁹

Hierzu ist auf zwei Einträge²⁰ auf meiner Blogseite zu verweisen.

Zu ergänzen ist hier, dass die USA ferner offenbar für sich in Anspruch nahmen, mit ihrer *Atomic Energy Commission* (siehe dazu sogleich) diejenige laut der genannten Resolution parallel zu schalten.

B. Das US-amerikanische Recht

I. Die Gesetzgebung aus 1946

Der vom Präsidenten der USA am 1. August 1946 in Geltung hinein unterzeichnete *Atomic Energy Act of 1946*²¹ lautet zunächst:

DECLARATION OF POLICY

SECTION 1. (a) FINDINGS AND DECLARATION. - Research and experimentation in the field of nuclear chain reaction have attained the stage at which the release of atomic energy on a large scale is practical. **The significance of the atomic bomb for military purposes is evident.** The effect of the use of atomic energy for civilian purposes upon the social, economic, and political structures of today cannot now be determined. It is a field in which unknown factors are involved. Therefore, any legislation will necessarily be subject to revision from time to time. It is reasonable to anticipate, however, that tapping this new source of energy will cause profound changes in our present way of life. Accordingly, it is hereby declared to be the policy of the people of the United States that, **subject at all times to the paramount objective of assuring the common defense and**

security, the development and utilization of atomic energy shall, so far as practicable, be directed toward improving the public welfare, increasing the standard of living, strengthening free competition in private enterprise, and promoting world peace.

So viel, wie an erster Stelle fett hervorgehoben, verliert der *Act* über *Hiroshima* und *Nagasaki* und stellt damit implizit die einleuchtende Bedeutung klar, die die USA dem ausschließlichen Besitz der A-Bombe einräumen.

Die zweite fette Hervorhebung lässt an die innere Prosperität laut Stabilisierungs-Arrangement erinnern. Dass - gerade angesichts der angesprochenen Evidenz der militärischen Bedeutung der Atombombe - unter einem Weltfrieden auch bloß eine einseitige Stabilität offenbar verstanden wurde, wird sich im Zuge dieser Arbeit noch erweisen.

Feststeht schon jetzt, dass die USA im Hinblick auf *Tube Alloys* etc. jedenfalls eine Verantwortung auf sich geladen haben, die beispiellos ist. Bislang scheinen sie ihr aber nicht gerecht worden zu sein, obschon ihr wenigstens medialer Rückzug in den letzten Jahren zu hoffen übriglässt.

Weiter im Abschnitt 1 des *Act*

(b) PURPOSE OF ACT. - It is the purpose of this Act to effectuate the policies set out in section 1 (a) by providing, **among others**, for the following major programs relating to atomic energy:

- (1) A program of assisting and fostering private research and development to encourage maximum scientific progress;
- (2) A program for the **control of scientific and technical information which will permit the dissemination of such information to encourage scientific progress, and for the sharing on a reciprocal basis of information concerning the practical industrial application of atomic energy as soon as effective and enforceable safeguards against its use for destructive purposes can be devised;**
- (3) A program of federally conducted research and development to assure the Government of adequate scientific and technical accomplishment;
- (4) A program for Government **control of the production, ownership, and use of fissionable material to assure the common defense and security and to insure the broadest possible exploitation of the fields;** and
- (5) A program of administration which will be consistent with the foregoing policies and **with international arrangements** made by the United States, and which will enable the Congress to be currently informed so as to take further legislative action as may hereafter be appropriate.

Wie nicht zuletzt der vorige Punkt (5) nahelegt, ist hinsichtlich der Rechtswirkungen der Punkte (2) und (4) durchaus Universalität beabsichtigt gewesen, was auch durch die unterstrichene Hervorhebung oben, im Abschnitt 1 (a) des Acts belegt ist und im Folgenden noch deutlicher hervorkommen wird.

Im Übrigen sind diese Bestimmungen selbsterklärend. Weiter im *Act*:

ORGANIZATION

SEC. 2. (a) ATOMIC ENERGY COMMISSION: -

(1) There is hereby established an Atomic Energy Commission (herein called the Commission), which shall be composed of five members. Three members shall constitute a quorum of the Commission. The President shall designate one member as Chairman of the Commission.

(2) Members of the Commission shall be appointed by the President, by and with the advice and consent of the Senate. In submitting any nomination to the Senate, the President shall set forth the experience and the qualifications of the nominee. The term of office of each member of the Commission taking office prior to the expiration of two years after the date of enactment of this Act shall expire upon the expiration of such two years. The term of office of each member of the Commission taking office after the expiration of two years from the date of enactment of this Act shall be five years, except that (A) the terms of office of the members first taking office after the expiration of two years from the date of enactment of this Act shall expire, as designated by the President at the time of appointment, one at the end of three years, one at the end of four years, one at the end of five years, one at the end of six years, and one at the end of seven years, after the date of enactment of this Act; and (B) any member appointed to fill a vacancy occurring prior to the expiration of the term for which his predecessor was appointed, shall be appointed for the remainder of such term. **Any member of the Commission may be removed by the President for inefficiency, neglect of duty, or malfeasance in office.** Each member, except the Chairman, shall receive compensation at the rate of \$15,000 per annum; and the Chairman shall receive compensation at the rate of \$17,500 per annum. No

¹⁸ AaO (FN 17), 1029.

¹⁹ A/RES/1(I).

²⁰ Die Resolution A/RES/1(I) und ihre Bedeutung für den Rechtsstreit zwischen den P 5+1 und Iran, [passim](#) bzw. Die Resolution A/RES/1(I) und ihre Bedeutung für die Auslegung der Rechte der Nicht-Kernwaffenstaaten nach dem NPT, [passim](#).

²¹ 60 Stat. 755.

member of the Commission shall engage in any other business, vocation, or employment than that of serving as a member of the Commission.

(3) The principal office of the Commission shall be in the District of Columbia, but the Commission or any duly authorized representative may exercise any or all of its powers in any place. The Commission shall hold such meetings, conduct such hearings, and receive such reports as may be necessary to enable it to carry out the provisions of this Act.

Durch die unabhängige Befugnis des Präsidenten, Mitglieder der Kommission (auch wegen Ineffizienz) zu entlassen, besteht die Möglichkeit, sich unliebsamer Personen, die bei diesem völkerrechtswidrigen Spiel nicht mitmachen wollen, zu entledigen.

In Absatz (3) wird klargestellt, dass die Kommission und ihre Befugten überall (auf der Welt) amtlich agieren können. Dass dies dem Völkerrecht widerspricht, ist angesichts der hegemonialen Macht der USA nebensächlich, kommt es dabei doch nur darauf an, dass die Agierenden nationalen gesetzlichen Rückhalt haben, ihre Funktionen auch außerhalb des Landes ausüben zu dürfen.

Weiter im Subabschnitt 2 (a):

(4) There are hereby established within the Commission -

(A) a General Manager, who shall discharge such of the administrative and executive functions of the Commission as the Commission may direct. The General Manager shall be appointed by the President by and with the advice and consent of the Senate, and shall receive compensation at the rate of \$15,000 per annum. The Commission may make recommendations to the President with respect to the appointment or removal of the General Manager.

(B) a Division of Research, a Division of Production, a Division of Engineering, and a Division of Military Application. Each division shall be under the direction of a Director who shall be appointed by the Commission, and shall receive compensation at the rate of \$14,000 per annum. The Director of the Division of Military Application shall be a member of the armed forces. The Commission shall require each such division to exercise such of the Commission's powers under this Act as the Commission may determine, except that the authority granted under section 3 (a) of this Act shall not be exercised by the Division of Research.

Es fällt auf, dass bei der fett hervorgehobenen Umschreibung des Tätigkeitsfeldes des *General Manager* im Punkt (A) ein Zusatz eines Hinweises auf die Bestimmungen des *Act* fehlt, so wie er etwa im Punkt (B) mit dem fett hervorgehobenen *powers under this Act* vorgesehen ist. Im Zusammenhang mit dem fett hervorgehobenen *Passus among others* im Subabschnitt 1 (b) tut sich hier ein uferloses Tätigkeitsfeld für den *General Manager* auf.

Weiter im Abschnitt 2:

(b) GENERAL ADVISORY COMMITTEE. - There shall be a General Advisory Committee to advise the Commission on scientific and technical matters relating to materials, production, and research and development, to be composed of nine members, who shall be appointed from civilian life by the President. Each member shall hold office for a term of six years, except that (1) any member appointed to fill a vacancy occurring prior to the expiration of the term for which his predecessor was appointed, shall be appointed for the remainder of such term; and (2) the terms of office of the members first taking office after the date of the enactment of this Act shall expire, as designated by the President at the time of appointment, three at the end of two years, three at the end of four years, and three at the end of six years, after the date of the enactment of this Act. The Committee shall designate one of its own members as Chairman. The Committee shall meet at least four times in every calendar year. The members of the Committee shall receive a per diem compensation of \$50 for each day spent in meetings or conferences, and all members shall receive their necessary traveling or other expenses while engaged in the work of the Committee.

(c) MILITARY LIAISON COMMITTEE. - There shall be a Military Liaison Committee consisting of representatives of the Departments of War and Navy, detailed or assigned thereto, without additional compensation, by the Secretaries of War and Navy in such number as they may determine. The Commission shall advise and consult with the Committee on all atomic energy matters which the Committee²² deems to relate to military applications, including the development, manufacture, use, and storage of bombs, the allocation of fissionable material for military research, and the control of information relating to the manufacture or utilization of atomic weapons. The Commission shall keep the Committee fully informed of all such matters before it and the Committee shall keep the Commission fully informed of all atomic energy activities of the War and Navy Departments. The Committee shall have authority to make written recommendations to the Commission on matters relating to military applications from time to time as it may deem appropriate. If the Committee at any time concludes that any action, proposed action, or failure to act of the Commission on such matters is adverse to the responsibilities of the Departments of War or Navy, derived from the Constitution, laws, and treaties, the Committee may refer such action, proposed action, or failure to act to the Secretaries of War and Navy. If either Secretary concurs, he may refer the matter to the President, whose decision shall be final.

Diese Bestimmungen sind selbsterklärend.

²² Sic!

Weiter im Abschnitt 2:

(d) APPOINTMENT OF ARMY AND NAVY OFFICERS. - Notwithstanding the provisions of section 1222 of the Revised Statutes (U. S. C., 1940 edition, title 10, sec. 576), section 212 of the Act entitled "An Act making appropriations for the Legislative Branch of the Government for the fiscal year ending June 30, 1933, and for other purposes", approved June 30, 1932, as amended (U. S. C., 1940 edition, title 5, sec. 59a), section 2 of the Act entitled "An Act making appropriations for the legislative, executive, and judicial expenses of the Government for the fiscal year ending June thirtieth, eighteen hundred and ninety-five, and for other purposes", approved July 31, 1894, as amended (U. S. C., 1940 edition, title 5, sec. 62), or any other law, any active or retired officer of the Army or the Navy may serve as Director of the Division of Military Application established by subsection (a) (4) (B) of this section, without prejudice to his commissioned status as such officer. Any such officer serving as Director of the Division of Military Application shall receive, in addition to his pay from the United States as such officer, an amount equal to the difference between such pay and the compensation prescribed in subsection (a) (4) (B) of this section.

Dito.

Weiter im *Act*:

RESEARCH

SEC. 3. (a) RESEARCH ASSISTANCE. - The Commission is directed to exercise its powers in such manner as to insure the continued conduct of research and development activities in the fields specified below by private or public institutions or persons and to assist in the acquisition of an ever-expanding fund of theoretical and practical knowledge in such fields. To this end the Commission is authorized and directed to make arrangements (including contracts, agreements, and loans) for the conduct of research and development activities relating to-

- (1) nuclear processes;
- (2) the theory and production of atomic energy, including processes, materials, and devices related to such production;
- (3) utilization of fissionable and radioactive materials for medical, biological, health, or military purposes;
- (4) utilization of fissionable and radioactive materials and processes entailed in the production of such materials for all other purposes, including industrial uses; and
- (5) the protection of health during research and production activities.

The Commission may make such arrangements without regard to the provisions of section 3709 of the Revised Statutes (U. S. C., title 41, sec. 5) upon certification by the Commission that such action is necessary in the interest of the common defense and security, or upon a showing that advertising is not reasonably practicable, and may make partial and advance payments under such arrangements, and may make available for use in connection therewith such of its equipment and facilities as it may deem desirable. Such arrangements shall contain such provisions to protect health, to minimize danger from explosion and other hazards to life or property, and to require the reporting and to permit the inspection of work performed thereunder, as the Commission may determine; but shall not contain any provisions or conditions which prevent the dissemination of scientific or technical information, except to the extent such dissemination is prohibited by law.

(b) RESEARCH BY THE COMMISSION. - The Commission is authorized and directed to conduct, through its own facilities, activities and studies of the types specified in subsection (a) above.

Der Begriff der *person* ist im Abschnitt 18 (c) des *Act* definiert als

any individual, corporation, partnership, firm, association, trust, estate, public or private institution, group, the United States or any agency thereof, any government other than the United States, any political subdivision of any such government, and any legal successor, representative, agent, or agency of the foregoing, or other entity, but shall not include the Commission or officers or employees of the Commission in the exercise of duly authorized functions;

und umfasst daher auch ausländische Entitäten. Damit ist sichergestellt, dass die Kommission auch ausländische Personen einsetzen kann, um ihre Forschungsaufgaben nach diesem Abschnitt zu erfüllen.

Die in der fett hervorgehobenen Passage im letzten Absatz des Subabschnitts (a) zitierten gesetzlichen Bestimmungen, die im Folgenden noch öfter aufscheinen werden, betreffen Vorschriften zur öffentlichen Ausschreibung, die hier also nicht gelten sollen, was der Geheimhaltung dienlich ist.

Dass die *own facilities* der Kommission laut Subabschnitt (b) auch im Ausland unterhalten werden sollten, ist demnach klar und wird sogleich, im Abschnitt 4, bestätigt werden.

Weiter im *Act*:

PRODUCTION OF FISSIONABLE MATERIAL

SEC. 4. (a) DEFINITION. - As used in this Act, the term "produce", when used in relation to fissionable material, means to manufacture, produce, or refine fissionable material, as distinguished from source materials as defined in section 5 (b) (1), or to separate fissionable material from other substances in which such material may be contained or to produce new fissionable material.

(b) PROHIBITION. - It shall be unlawful for any person to own any facilities for the production of fissionable material or for any person to produce fissionable material, except to the extent authorized by subsection (c).

Das im Subabschnitt (b) normierte Verbot richtete sich somit auch ans Ausland. Wie gesagt: Die Völkerrechtswidrigkeit dieser Gesetzgebung wird *de facto* dadurch wettgemacht, dass den USA nicht zuletzt kraft der oben, im Abschnitt A) dieser Arbeit, erörterten Völkerrechtsinstrumente weitgehende Vollmachten betreffs militärischer Aktivitäten implizit eingeräumt wurden.²³ Diese Rechtsstellung verbunden mit der Präpotenz, die dem US-amerikanischen Militärapparat eigen ist, konnten leicht dazu führen, dass solche universelle Wirkung des Act durchgesetzt wurde.

Weiter im Abschnitt 4:

(c) OWNERSHIP AND OPERATION OF PRODUCTION FACILITIES. -

(1) OWNERSHIP OF PRODUCTION FACILITIES. - The Commission, as agent of and on behalf of the United States, shall be the exclusive owner of all facilities for the production of fissionable material other than facilities which (A) are useful in the conduct of research and development activities in the fields specified in section 3, and (B) do not, in the opinion of the Commission, have a potential production rate adequate to enable the operator of such facilities to produce within a reasonable period of time a sufficient quantity of fissionable material to produce an atomic bomb or any other atomic weapon.

(2) OPERATION OF THE COMMISSION'S PRODUCTION FACILITIES. - The Commission is authorized and directed to produce or to provide for the production of fissionable material in its own facilities. To the extent deemed necessary, the Commission is authorized to make, or to continue in effect, contracts with persons obligating them to produce fissionable material in facilities owned by the Commission. The Commission is also authorized to enter into research and development contracts authorizing the contractor to produce fissionable material in facilities owned by the Commission to the extent that the production of such fissionable material may be incident to the conduct of research and development activities under such contracts. Any contract entered into under this section shall contain provisions (A) prohibiting the contractor with the Commission from subcontracting any part of the work he is obligated to perform under the contract, except as authorized by the Commission, and (B) obligating the contractor to make such reports to the Commission as it may deem appropriate with respect to his activities under the contract, to submit to frequent inspection by employees of the Commission of all such activities, and to comply with all safety and security regulations which may be prescribed by the Commission. Any contract made under the provisions of this paragraph may be made without regard to the provisions of section 3709 of the Revised Statutes (U. S. C., title 41, sec. 5) upon certification by the Commission that such action is necessary in the interest of the common defense and security, or upon a showing that, advertising is not reasonably practicable, and partial and advance payments may be made under such contracts. The President shall determine at least once each year the quantities of fissionable material to be produced under this paragraph.

(3) OPERATION OF OTHER PRODUCTION FACILITIES. - Fissionable material may be produced in the conduct of research and development activities in facilities which, under paragraph (1) above, are not required to be owned by the Commission.

Hält man sich das Quebec-Abkommen bzw. das Abkommen über den *Combined Development Trust* vor Augen, erhellt klar, dass diese, im Paragraph (1) oben fett hervorgehobene Anordnung betreffs des Eigentums an allen Produktionsstätten für spaltbares Material auch ausländische solche Anlagen betreffen sollte. Dies wird bestätigt durch die notorischen Berichte aus diversen ausbrechenden Staaten betreffs deren Atomprogrammen, bzw. der damit zusammenhängenden immer wieder kehrenden, im Einklang mit obigem Paragraph (1)(B) stehenden Forderung der USA (und bald auch der verbündeten westlichen Welt überhaupt), wonach dort angereichertes Uran erst in bestimmten, ein Jahr möglichst übersteigenden Fristen waffenfähige Mengen erreichen sollte.

Nach Paragraph (2) konnten solche im Eigentum der Kommission stehende Anlagen per Kontrakt von ausländischen Personen betrieben werden. Dabei konnten diese Personen zu Berichten und zur Duldung von Kontrollen vor Ort durch Befugte der Kommission verpflichtet werden, wobei auch hier wohl keine öffentliche

Ausschreibung zu erfolgen hatte und von Schutz ideellen Eigentums an Arbeitsergebnissen nicht die Rede ist.

Weiter im Abschnitt 4:

(d) IRRADIATION OF MATERIALS. - For the purpose of increasing the supply of radioactive materials, the Commission and persons lawfully producing or utilizing fissionable material are authorized to expose materials of any kind to the radiation incident to the processes of producing or utilizing fissionable material.

(e) MANUFACTURE OF PRODUCTION FACILITIES. - Unless authorized by a license issued by the Commission, no person may manufacture, produce, transfer, or acquire any facilities for the production of fissionable material. Licenses shall be issued in accordance with such procedures as the Commission may by regulation establish and shall be issued in accordance with such standards and upon such conditions as will restrict the production and distribution of such facilities to effectuate the policies and purposes of this Act. Nothing in this section shall be deemed to require a license for such manufacture, production, transfer, or acquisition incident to or for the conduct of research or development activities in the United States of the types specified in section 3, or to prohibit the Commission from manufacturing or producing such facilities for its own use.

Auch hier, im Subabschnitt (d), scheint rücksichtlich der befugten Personen keine Einschränkung auf das Gebiet der USA auf.

Andere Entitäten als die Kommission benötigten zur Errichtung einer Anlage für die Produktion von spaltbarem Material eine Lizenz der Kommission, welche die Erteilung derselben von der Einhaltung der Politiken laut Act abhängig zu machen hatte. Ausgenommen hiervon waren wieder Anlagen von einer Geringfügigkeit laut Abschnitt 3.

Weiter im Act:

CONTROL OF MATERIALS

SEC. 5. (a) FISSIONABLE MATERIALS. -

(1) DEFINITION. - As used in this Act, the term "fissionable material" means plutonium, uranium enriched in the isotope 235, any other material which the Commission determines to be capable of releasing substantial quantities of energy through nuclear chain reaction of the material, or any material artificially enriched by any of the foregoing; but does not include source materials, as defined in section 5 (b) (1).

(2) GOVERNMENT OWNERSHIP OF ALL FISSIONABLE MATERIAL. - All right, title, and interest within or under the jurisdiction of the United States, in or to any fissionable material, now or hereafter produced, shall be the property of the Commission, and shall be deemed to be vested in the Commission by virtue of this Act. Any person owning any interest in any fissionable material at the time of the enactment of this Act, or owning any interest in any material at the time when such material is hereafter determined to be a fissionable material, or who lawfully produces any fissionable material incident to privately financed research or development activities, shall be paid just compensation therefor. The Commission may, by action consistent with the provisions of paragraph (4) below, authorize any such person to retain possession of such fissionable material, but no person shall have any title in or to any fissionable material.

Laut der fett hervorgehobenen Anordnung im Paragraph (2) musste sich nicht das spaltbare Material, sondern das Recht, der Titel oder das Interesse daran bzw. darauf im US-amerikanischen Inland befinden, um Eigentum der Kommission zu sein; überdies genügte auch dass diese Ansprüche unter die Jurisdiktion der USA fallen, was bei solchen Materialien, die Gegenstand völkerrechtlicher Vereinbarungen sind, laut Artikel VI der US-Konstitution allemal zutrifft, während der Inländerstatus für die genannten Ansprüche auch schon dann gegeben war, wenn der Inhaber ihrer dem US-amerikanischen Rechtskreis zuzuordnen war. Damit war, ganz im Einklang mit dem Abkommen über den *Combined Development Trust*, Eigentum der Kommission an spaltbarem Material praktisch weltweit beansprucht und gesichert.

Für dementsprechende Enteignungen gab es gerechte Entschädigung.

Weiter im Subabschnitt 5 (a):

(3) PROHIBITION. - It shall be unlawful for any person, after sixty days from the effective date of this Act to (A) possess or transfer any fissionable material, except as authorized by the Commission, or (B) export from or import into the United States any fissionable material, or (C) directly or indirectly engage in the production of any fissionable material outside of the United States.

Durch das letzte fett hervorgehobene Verbot des Paragraphen (3) (C) wird die Auslandswirkung erneut bestätigt.

Weiter im Subabschnitt 5 (a):

²³ Siehe dazu, dass der US-Präsident völkerrechtlich und US-verfassungsrechtlich kompetent ist, von ausländischen Regierungen Aufträge entgegenzunehmen, meinen genannten (FN 8) Schriftsatz, RNN 1059!

(4) DISTRIBUTION OF FISSIONABLE MATERIAL. - Without prejudice to its continued ownership thereof, the Commission is authorized to distribute fissionable material owned by it, with or without charge, to applicants requesting such material (A) for the conduct of research or development activities either independently or under contract or other arrangement with the Commission, (B) for use in medical therapy, or (C) for use pursuant to a license issued under the authority of section 7. Such material shall be distributed in such quantities and on such terms that no applicant will be enabled to obtain an amount sufficient to construct a bomb or other military weapon. The Commission is directed to distribute sufficient fissionable material to permit the conduct of widespread independent research and development activity, to the maximum extent practicable. In determining the quantities of fissionable material to be distributed, the Commission shall make such provisions for its own needs and for the conservation of fissionable material as it may determine to be necessary in the national interest for the future development of atomic energy. The Commission shall not distribute any material to any applicant, and shall recall any distributed material from any applicant, who is not equipped to observe or who fails to observe such safety standards to protect health and to minimize danger from explosion or other hazard to life or property as may be established by the Commission, or who uses such material in violation of law or regulation of the Commission or in a manner other than as disclosed in the application therefor.

Schon der hier angeordnete Fortbestand des Eigentums der Kommission an dem zugeteilten Material war dazu geeignet, zivilrechtlich eine Anteilhabende an den damit erzielten Forschungs- und Entwicklungsergebnissen zu bedingen.

Auch, dass solche Materialien nur in solchen Mengen zugeteilt werden sollten, dass der Empfänger nicht in die Lage versetzt würde, eine Atombombe daraus herzustellen, belegt im Zusammenhang mit den publik gewordenen Programmen des Iran und der DPRK die Beanspruchung der universellen Wirkung des Act durch die USA.

Gleichwohl ordnet obiger Paragraph (4) an, dass die Zuteilung spaltbaren Materials die weitestmögliche Forschung und Entwicklung zulassen sollte. Zu wessen Nutzen, wenn nicht jenem der USA? Die Bestätigung hierfür wird noch folgen.

Weiter im Subabschnitt 5 (a):

(5) The Commission is authorized to purchase or otherwise acquire any fissionable material or any interest therein outside the United States, or any interest in facilities for the production of fissionable material, or in real property on which such facilities are located, without regard to the provisions of section 3709 of the Revised Statutes (U. S. C., title 41, sec. 5) upon certification by the Commission that such action is necessary in the interest of the common defense and security, or upon a showing that advertising is not reasonably practicable, and partial and advance payments may be made under contracts for such purposes. The Commission is further authorized to take, requisition, or condemn, or otherwise acquire any interest in such facilities or real property, and just compensation shall be made therefor.

Die hierin erfolgende Ermächtigung der Kommission, Einschlägiges im Ausland zu erwerben, steht nicht im Widerspruch mit der oben geschlossenen Universalität der Wirkung des Act, sondern bestätigt sie vor allem, was Länder angeht, deren Rechts(durchsetzungs)systeme noch nicht westliche Standards erreicht hatten, sodass für die USA umso leichter war, mit *bullying forces* solche Universalität vor Ort durchzusetzen. Dies unterstreicht auch der letzte Satz des vorigen Paragraphen (5), der sich auf Einschlägiges außerhalb der USA bezieht, und eine Ermächtigung zu dessen Beschlagnahme vorsieht.

Weiter im Abschnitt 5:

(b) SOURCE MATERIALS. -

(1) DEFINITION. - As used in this Act, the term "source material" means uranium, thorium, or any other material which is determined by the Commission, with the approval of the President, to be peculiarly essential to the production of fissionable materials; but includes ores only if they contain one or more of the foregoing materials in such concentration as the Commission may by regulation determine from time to time.

(2) LICENSE FOR TRANSFERS REQUIRED. - Unless authorized by a license issued by the Commission, no person may transfer or deliver, receive possession of or title to, or export from the United States any source material after removal from its place of deposit in nature, except that licenses shall not be required for quantities of source materials which, in the opinion of the Commission, are unimportant.

(3) ISSUANCE OF LICENSES. - The Commission shall establish such standards for the issuance, refusal, or revocation of licenses as it may deem necessary to assure adequate source materials for production, research, or development activities pursuant to this Act or to prevent the use of such materials in a manner inconsistent with the national welfare. Licenses shall be issued in accordance with such procedures as the Commission may by regulation establish.

Indem sich *from the United States*, im Paragraphen (2), ausschließlich auf *export* bezieht, ist auch hier die universelle Geltung der Anordnung einer Lizenzpflicht für Übertragungen von Quellmaterial beabsichtigt.

Weiter im Subabschnitt (b):

(4) REPORTING. - The Commission is authorized to issue such regulations or orders requiring reports of ownership, possession, extraction, refining, shipment, or other handling of source materials as it may deem necessary, except that such reports shall not be required with respect to (A) any source material prior to removal from its place of deposit in nature, or (B) quantities of source materials which in the opinion of the Commission are unimportant or the reporting of which will discourage independent prospecting for new deposits.

Auch hier gibt es keine Anhaltspunkte, die gegen eine beabsichtigte universelle Geltung sprächen.

Weiter im Subabschnitt 5 (b):

(5) ACQUISITION. - The Commission is authorized and directed to purchase, take, requisition, condemn, or otherwise acquire, supplies of source materials or any interest in real property containing deposits of source materials to the extent it deems necessary to effectuate the provisions of this Act. Any purchase made under this paragraph may be made without regard to the provisions of section 3709 of the Revised Statutes (U. S. C., title 41, sec. 5) upon certification by the Commission that such action is necessary in the interest of the common defense and security, or upon a showing that advertising is not reasonably practicable, and partial and advance payments may be made thereunder. The Commission may establish guaranteed prices for all source materials delivered to it within a specified time. Just compensation shall be made for any property taken, requisitioned, or condemned under this paragraph.

(6) EXPLORATION. - The Commission is authorized to conduct and enter into contracts for the conduct of exploratory operations, investigations, and inspections to determine the location, extent, mode of occurrence, use, or conditions of deposits or supplies of source materials, making just compensation for any damage or injury occasioned thereby. Such exploratory operations may be conducted only with the consent of the owner, but such investigations and inspections may be conducted with or without such consent.

(7) PUBLIC LANDS. - All uranium, thorium, and all other materials determined pursuant to paragraph (1) of this subsection to be peculiarly essential to the production of fissionable material, contained, in whatever concentration, in deposits in the public lands are hereby reserved for the use of the United States subject to valid claims, rights, or privileges existing on the date of the enactment of this Act. Provided, however, That no individual, corporation, partnership, or association, which had any part, directly or indirectly, in the development of the atomic bomb project, may benefit by any location, entry, or settlement upon the public domain made after such individual, corporation, partnership, or association took part in such project, if such individual, corporation, partnership, or association, by reason of having had such part in the development of the atomic bomb project, acquired confidential official information as to the existence of deposits of such uranium, thorium, or other materials in the specific lands upon which such location, entry, or settlement is made, and subsequent to the date of the enactment of this Act made such location, entry, or settlement or caused the same to be made for his, its, or their benefit. The Secretary of the Interior shall cause to be inserted in every patent, conveyance, lease, permit, or other authorization hereafter granted to use the public lands or their mineral resources, under any of which there might result the extraction of any materials so reserved, a reservation to the United States of all such materials, whether or not of commercial value, together with the right of the United States through its authorized agents or representatives at any time to enter upon the land and prospect for, mine, and remove the same, making just compensation for any damage or injury occasioned thereby. Any lands so patented, conveyed, leased, or otherwise disposed of may be used, and any rights under any such permit or authorization may be exercised, as if no reservation of such materials had been made under this subsection; except that, when such use results in the extraction of any such material from the land in quantities which may not be transferred or delivered without a license under this subsection, such material shall be the property of the Commission and the Commission may require delivery of such material to it by any possessor thereof after such material has been separated as such from the ores in which it was contained. If the Commission requires the delivery of such material to it, it shall pay to the person mining or extracting the same, or to such other person as the Commission determines to be entitled thereto, such sums, including profits, as the Commission deems fair and reasonable for the discovery, mining, development, production, extraction, and other services performed with respect to such material prior to such delivery, but such payment shall not include any amount on account of the value of such material before removal from its place of deposit in nature. If the Commission does not require delivery of such material to it, the reservation made pursuant to this paragraph shall be of no further force or effect.

Letzte Zweifel an der Universalität der Geltung des vorigen Paragraphen (2) werden hier dadurch aufgelöst, dass im Paragraphen (5) die Kompetenz der Kommission normiert wird, in jenem Ausmaß, das die Sicherstellung der Durchführung der Zwecke des Act gewährleistet, Akquisitionen, auch durch Beschlagnahme, von Liegenschaften vorzunehmen, auf denen Quellmaterial lagert, was sich desgleichen offenbar auf den ganzen, der Kommission zugänglichen, Planeten beziehen soll.

Im Paragraphen (6) wird all dies durch die Ermächtigung der Kommission gestützt, Erforschung und Erkundung von Lagerstätten durchzuführen bzw. durchführen zu lassen, was sich selbstredend desgleichen auf die ganze Erde beziehen soll.

Wäre hier, im einleitenden Satz des obigen Paragraphen (7) nicht auch ausländisches öffentliches Land gemeint, hätte anstelle von *the United States* auch das Setzen von *the Commission*

ausgereicht. Ganz im Gegenteil wollte man auch hier die Universalität der Norm betonen.

Weiter im Abschnitt 5:

(c) BYPRODUCT MATERIALS. -

(1) DEFINITION. - As used in this Act, the term "by-product material" means any radioactive material (except fissionable material) yielded in or made radioactive by exposure to the radiation incident to the processes of producing or utilizing fissionable material.

(2) DISTRIBUTION. - The Commission is authorized to distribute, with or without charge, by-product materials to applicants seeking such materials for research or development activity, medical therapy, industrial uses, or such other useful applications as may be developed. In distributing such materials, the Commission shall give preference to applicants proposing to use such materials in the conduct of research and development activity or medical therapy. The Commission shall not distribute any by-product materials to any applicant, and shall recall any distributed materials from any applicant, who is not equipped to observe or who fails to observe such safety standards to protect health as may be established by the Commission or who uses such materials in violation of law or regulation of the Commission or in a manner other than as disclosed in the application therefor.

(d) GENERAL PROVISIONS. - The Commission shall not -

(1) distribute any fissionable material to (A) any person for a use which is not under or within the jurisdiction of the United States, (B) any foreign government, or (C) any person within the United States if, in the opinion of the Commission, the distribution of such fissionable material to such person would be inimical to the common defense and security.

(2) license any person to transfer or deliver, receive possession of or title to, or export from the United States any source material if, in the opinion of the Commission, the issuance of a license to such person for such purpose would be inimical to the common defense and security.

Aus dem Zusammenhalt der einzelnen fett hervorgehobenen Tatbestände des Subabschnitts (d) (1) und aus der angestrebten Monopolstellung der USA betreffs des Besitzes von spaltbarem Material ergibt sich desgleichen die Beabsichtigung einer universellen Wirkung des Act, insbesondere zumal die Regelung im Punkt (A) nicht notwendigerweise alle Verteilung an im Ausland gelegene Personen ausschließt, nämlich solange deren **bezüglicher Gebrauch** nur unter die Jurisdiktion der USA fällt. Der unterstrichen hervorgehobene Passus im Punkt (C) schließt daher eine Anwendung seiner auf solche Auslandsempfänger laut Punkt (A) aus, was angesichts der Bedingung *to be inimical* bemerkenswert ist und insbesondere am unten noch eingehender zu behandelnden Beispiel der Kooperation mit Iran in seiner ganzen Tragweite deutlich wird.

Der Subabschnitt (d) (2) schließt eine Verteilung von spaltbarem Material bzw. die Erteilung einer dafür nötigen Lizenz an eine ausländische Person zu den dort genannten Zwecken als *unfreundlich* gerade nicht aus, weil er nicht auf die Unfreundlichkeit der Person, sondern auf diejenige der Erteilung der Lizenz und im Übrigen nur insoweit abstellt, als eine solche *common defense and security* beträfe, wobei bezeichnender Weise hier ein Zusatz: *of the United States*, fehlt, und zur Bedeutung des Begriffs der *security* schon zur Genüge ausgeführt wurde!

Damit ist der heiligende Zweck des gesamten Systems, sich absehbar entwickelnde, völkerrechtswidrig missbrauchte Hegemonie der Atommacht USA verteidigungspolitisch bekämpfend zu beenden, dargestellt.

Weiter im Act:

MILITARY APPLICATIONS OF ATOMIC ENERGY

SEC. 6 (a) AUTHORITY. - The Commission is authorized to -

(1) conduct experiments and do research and development work in the military application of atomic energy; and

(2) engage in the production of atomic bombs, atomic bomb parts, or other military weapons utilizing fissionable materials; except that such activities shall be carried on only to the extent that the express consent and direction of the President of the United States has been obtained, which consent and direction shall be obtained at least once each year.

The President *from time to time* may direct the Commission (1) to deliver such quantities of fissionable materials or weapons to the armed forces *for such use as he deems necessary in the interest of national* defense or (2) to authorize the armed forces to manufacture, produce, or acquire any equipment or device utilizing fissionable material or atomic energy as a military weapon.

Indem die Kommission, wie oben gezeigt, auch ausländische Auftragnehmer zur Durchführung von Nuklearem (unter ihrer

Aufsicht) engagieren kann, erhellt, dass sich auch diese hier zugeteilte Kompetenz auf solche ausländische Entitäten beziehen kann, wenn sie als Auftragnehmer auftreten.²⁴

Es stellt sich nur scheinbar die Frage, in wessen Obhut sich Kernwaffen zwischen deren Herstellung durch die Kommission (bzw. von ihr Beauftragte) einerseits und ihrer Lieferung an die *armed forces* andererseits befinden. In diesem Zusammenhang scheint beachtenswert, dass sich der oben unterstrichen hervorgehobene Zusatz *from time to time* nicht nach, sondern vor dem nachfolgenden *may* befindet, was semantisch zur Folge hat, dass die damit normierte Kompetenz des US-Präsidenten an sich (und nicht etwa nur deren Gestalt der Anweisung an die Kommission) nur *zeitweise* besteht, sodass der Mangel einer Angabe, was diese Kompetenz im Einzelfall auslösen soll, erheblich ist, zumal sich die Passage *as he deems necessary in the interest of national defense* nicht auf das *may*, sondern auf den *use* bezieht. Damit scheint die Verfügungsmacht über Kernwaffen weitgehend der Kommission (bzw. von ihr Beauftragten) bzw. gewissermaßen einem verteidigungspolitischen und strategischen Tauschen der rechtlichen Akzeptanz zwischen diesen und dem US-Präsidenten überlassen.

Weiter im Abschnitt 6:

(b) PROHIBITION. - It shall be unlawful for any person to manufacture, produce, transfer, or acquire any equipment or device utilizing fissionable material or atomic energy as a **military** weapon, except as may be authorized by the Commission. Nothing in this subsection shall be deemed to modify the provisions of section 4 of this Act, or to prohibit research activities in respect of military weapons, or to permit the export of any such equipment or device.

Deshalb wird hier auch nochmals (negativ) klargestellt, dass die Kommission Personen dazu autorisieren kann, *jedwede Ausrüstung oder Vorrichtung, die spaltbares Material oder Kernenergie als militärische Waffe nutzen, herzustellen, zu erzeugen, zu übertragen oder zu erwerben*. Siehe dazu auch sogleich!

Weiter im Act:

UTILIZATION OF ATOMIC ENERGY

SEC. 7. (a) LICENSE REQUIRED: - It shall be unlawful, except as provided in sections 5 (a) (4) (A) or (B) or 6 (a), for any person to manufacture, produce, or export any equipment or device utilizing fissionable material or atomic energy or to utilize fissionable material or atomic energy with or without such equipment or device, except under and in accordance with a license issued by the Commission authorizing such manufacture, production, export, or utilization. No license may permit any such activity if fissionable material is produced incident to such activity, except as provided in sections 3 and 4. Nothing in this section shall be deemed to require a license for the conduct of research or development activities relating to the manufacture of such equipment or devices or the utilization of fissionable material or atomic energy, or for the manufacture or use of equipment or devices for medical therapy.

Zumal auch hier der definierte Begriff *person* aufscheint, besteht desgleichen der Anspruch auf universelle Wirkung: Jedweder Umgang mit spaltbarem Material soll weltweit nur noch mit einer Lizenz der Kommission zulässig sein.

Weiter im Abschnitt 7:

(b) REPORT TO CONGRESS. - *Whenever in its opinion any industrial, commercial, or other nonmilitary use of fissionable material or atomic energy has been sufficiently developed to be of practical value*, the Commission shall prepare a report to the President stating all the facts with respect to such use, the Commission's estimate of the social, political, economic, and international effects of such use and the Commission's recommendations for necessary or desirable supplemental legislation. The President shall then transmit this report to the Congress together with his recommendations. No license for any manufacture, production, export, or use shall be issued by the Commission under this section until after (1) a report with respect to such manufacture, production, export, or use has been filed with the Congress; and (2) a period of ninety days in which the Congress was in session has elapsed after the report has been so filed. In computing such period of ninety days, there shall be excluded the days on which either House is not in session because of an adjournment of more than three days.

Wissenschaftliche und technische Errungenschaften, die neue zivile Nutzungen der Kernenergie ermöglichen, sollten von der Verständigung und gegebenenfalls Gesetzgebung des US-Kongresses abhängen, was - würde es mit militärischen Mitteln durchgesetzt - eine zusätzliche Hürde für ausländische R&D darstellt.

Weiter im Abschnitt 7:

²⁴ Hier sei etwa an Israel gedacht.

(c) ISSUANCE OF LICENSES .-After such ninety-day period, unless hereafter prohibited by law, the Commission may license such manufacture, production, export, or use in accordance with such procedures and subject to such conditions as it may by regulation establish to effectuate the provisions of this Act . The Commission is authorized and directed to issue **licenses on a nonexclusive basis and to supply to the extent available appropriate quantities of fissionable material to licensees** (1) whose proposed activities will serve some useful purpose proportionate to the quantities of fissionable material to be consumed; (2) who are equipped to observe such safety standards to protect health and to minimize danger from explosion or other hazard to life or property as the Commission may establish; and (3) **who agree to make available to the Commission such technical information and data concerning their activities pursuant to such licenses as the Commission may determine necessary to encourage similar activities by as many licensees as possible.** Each such license shall be issued for a specified period, shall be revocable at any time by the Commission in accordance with such procedures as the Commission may establish, and may be renewed upon the expiration of such period. Where activities under any license might serve to maintain or to foster the growth of monopoly, restraint of trade, unlawful competition, or other trade position inimical to the entry of new, freely competitive enterprises in the field, the Commission is authorized and directed to refuse to issue such license or to establish such conditions to prevent these results as the Commission, in consultation with the Attorney General, may determine. The Commission shall report promptly to the Attorney General any information it may have with respect to any utilization of fissionable material or atomic energy which appears to have these results. **No license may be given to any person for activities which are not under or within the jurisdiction of the United States, to any foreign government, or to any person within the United States if, in the opinion of the Commission, the issuance of a license to such person would be inimical to the common defense and security.**

(d) BYPRODUCT POWER. - If energy which may be utilized is produced in the production of fissionable material, such energy may be used by the Commission, transferred to other Government agencies, or sold to public or private utilities under contracts providing for reasonable resale prices.

Zumal nach Subabschnitt (c) nur nicht-ausschließliche Lizenzen vergeben werden sollten, war es nicht mehr der Erfinder solcher lizenzpflichtiger Errungenschaften selbst, der über die Erteilung von Lizenzen oder auch nur ausschließliche eigene Ausbeutungstätigkeit bestimmen konnte, wobei nach Punkt (3) sogar noch weitere technische Daten an die Kommission zu übermitteln waren.

Zumal die Lizenzierung befristet und jederzeit widerrufbar erfolgte, war es ein Leichtes, auf den Lizenziaten Druck auszuüben: Denn arbeitete er (zum Schutz seiner Erfindungen) ohne Lizenz, also ohne Kooperation mit der Kommission, weiter, würde er sofort (medial) dem Ruf des Bombenbauers unterstellt, was militärischen Zwang zur Folge hätte.

Zufolge des an letzter Stelle fett hervorgehobenen Passus war klar, dass solche ausländische Tätigkeit, um sie der US-amerikanischen Jurisdiktion zu unterstellen, auf die Grundlage eines völkerrechtlichen Vertrages gestellt werden sollten, wobei daraus überhaupt nicht eine direkte Kooperation mit einer fremden Regierung resultieren musste, worauf unten, bei der Erörterung der US-amerikanisch-iranischen Kooperation in Nuklearem noch näher einzugehen sein wird. Siehe dazu auch Abschnitt 8 (b) sogleich!

INTERNATIONAL ARRANGEMENTS

SEC. 8. (a) DEFINITION. - As used in this Act, the term "international arrangement" shall mean any treaty approved by the Senate or international agreement hereafter approved by the Congress, during the time such treaty or agreement is in full force and effect.

(b) EFFECT OF INTERNATIONAL ARRANGEMENTS. - **Any provision of this Act or any action of the Commission to the extent that it conflicts with the provisions of any international arrangement made after the date of enactment of this Act shall be deemed to be of no further force or effect.**

(c) POLICIES CONTAINED IN INTERNATIONAL ARRANGEMENTS. - In the performance of its functions under this Act, the Commission shall give maximum effect to the policies contained in any such international arrangement.

Völkerrechtliche Verträge und Arrangements sollten also den Bestimmungen des Act sowie den Handlungen der Kommission derogieren können, womit das darin vorgesehene Verbot der direkten Kooperation mit fremden Regierungen aufgehoben werden konnte.

Weiter im *Act*:

PROPERTY OF THE COMMISSION

SEC. 9. (a) The President shall direct the transfer to the Commission of all interests owned by the United States or any Government agency in the following property:

(1) All fissionable material; all atomic weapons and parts thereof, all facilities, equipment, and materials for the processing, production, or utilization of fissionable material or atomic energy; all processes and technical information of any kind, and the source thereof (including data, drawings, specifications, patents, patent applications, and other sources ⁽²⁵⁾relating to the processing, production, or utilization of fissionable material or atomic energy; and all contracts, agreements, leases, patents, applications for patents, inventions and discoveries (whether patented or unpatented), and other rights of any kind concerning any such items;

(2) All facilities, equipment, and materials, devoted primarily to atomic energy research and development; and

(3) Such other property owned by or in the custody or control of the Manhattan Engineer District or other Government agencies as the President may determine.

(b) In order to render financial assistance to those States and localities in which the activities of the Commission are carried on and in which the Commission has acquired property previously subject to State and local taxation, the Commission is authorized to make payments to State and local governments in lieu of property taxes . Such payments may be in the amounts, at the times, and upon the terms the Commission deems appropriate, but the Commission shall be guided by the policy of not making payments in excess of the taxes which would have been payable for such property in the condition in which it was acquired, except in cases where special burdens have been cast upon the State or local government by activities of the Commission, the Manhattan Engineer District or their agents. In any such case, any benefit accruing to the State or local government by reason of such activities shall be considered in determining the amount of the payment. The Commission, and the property, activities, and income of the Commission, are hereby expressly exempted from taxation in any manner or form by any State, county, municipality, or any subdivision thereof.

Subabschnitt (a) steht in Zusammenhang mit Subabschnitt 5 (a) (2) des Act (siehe oben!), sodass kein Zweifel offenbleibt, dass die Anordnung durch den Präsidenten auch ausländisches solches Vermögen betreffen sollte.

Weiter im *Act*:

CONTROL OF INFORMATION

SEC. 10. (a) POLICY. - It shall be the policy of the Commission **to control the dissemination of restricted data in such a manner as to assure the common defense and security.** Consistent with such policy, the Commission shall be guided by the following principles:

(1) That until Congress declares by joint resolution that **effective and enforceable international safeguards against the use of atomic energy for destructive purposes** have been established, there shall be **no exchange of information with other nations** with respect to the use of atomic energy for industrial purposes; and

(2) That the dissemination of scientific and technical information relating to atomic energy should be permitted and encouraged so as to provide that free interchange of ideas and criticisms which is essential to scientific progress.

(b) RESTRICTIONS. -

(1) The term "**restricted data**" as used in this section means all data concerning the manufacture or utilization of atomic weapons, the production of fissionable material, or the use of fissionable material in the production of power, but shall not include any data which the Commission from time to time determines may be published without adversely affecting the common defense and security .

Es versteht sich von selbst, dass solche, wie oben an erster Stelle fett hervorgehobene, Kontrolle der Verbreitung von *restricted data* nur dann Sinn ergibt, wenn sie sich gerade auch auf das Ausland bezieht.

Informationen betreffs der industriellen Nutzung von Kernenergie sollten nach Punkt (1) nur und erst dann mit anderen Nationen *ausgetauscht* werden, wenn internationale *safeguards* implementiert sein würden. Das Verbot vorherigen *Austausches* vermag freilich nicht den (einseitigen) **Bezug** von solchen Informationen durch die Kommission zu verhindern. Auch Punkt (2) stellt klar, dass (somit auch) ausländische Kräfte zwar innovativ tätig sein, nicht aber die Ergebnisse daraus selbst verwerten können sollten.

Weiter im Unterabschnitt 10 (b):

(2) Whoever, lawfully or unlawfully, having possession of, access to, control over, or being entrusted with, any document, writing, sketch, photograph, plan, model, instrument, appliance, note or information involving or incorporating restricted data -

(A) communicates, transmits, or discloses the same **to any individual or person**, or attempts or conspires to do any of the foregoing, with intent to injure the United States or with intent to secure an advantage to any foreign nation, upon conviction thereof, shall be punished by death or imprisonment for life (but the penalty of death or imprisonment for life may be imposed only upon recommendation of the jury and only in cases where

²⁵ Sic! Vermutlich richtig; .)

the offense was committed with intent to injure the United States); or by a fine of not more than \$20,000 or imprisonment for not more than twenty years, or both;

(B) communicates, transmits, or discloses the same to any individual or person, or attempts or conspires to do any of the foregoing, with reason to believe such data will be utilized to injure the United States or to secure an advantage to any foreign nation, shall, upon conviction, be punished by a fine of not more than \$10,000 or imprisonment for not more than ten years, or both.

(3) Whoever, with intent to injure the United States or with intent to secure an advantage to any foreign nation, acquires or attempts or conspires to acquire any document, writing, sketch, photograph, plan, model, instrument, appliance, note or information involving or incorporating restricted data shall, upon conviction thereof, be punished by death or imprisonment for life (but the penalty of death or imprisonment for life may be imposed only upon recommendation of the jury and only in cases where the offense was committed with intent to injure the United States); or by a fine of not more than \$20,000 or imprisonment for not more than twenty years, or both.

(4) Whoever, with intent to injure the United States or with intent to secure an advantage to any foreign nation, removes, conceals, tampers with, alters, mutilates, or destroys any document, writing, sketch, photograph, plan, model, instrument, appliance, or note involving or incorporating restricted data and used by any individual or person in connection with the production of fissionable material, or research or development relating to atomic energy, conducted by the United States, or financed in whole or in part by Federal funds, or conducted with the aid of fissionable material, shall be punished by death or imprisonment for life (but the penalty of death or imprisonment for life may be imposed only upon recommendation of the jury and only in cases where the offense was committed with intent to injure the United States); or by a fine of not more than \$20,000 or imprisonment for not more than twenty years or both.

Diese, teils drakonischen Strafandrohungen sollten sich auch und besonders an die ausländischen Auftragnehmer der Kommission richten. Durch sie war sichergestellt, dass die Beteiligten sich an die durch den Act vorgegebenen Regeln halten.

Indem auch die Weitergabe von *restricted data* an *persons* (Punkt (2) (A)) unter Strafe steht, fielen auch etwa ausländische Patentbehörden darunter, was bezweckte, den Zwang beim System des Acts mitzumachen, zu verstärken.²⁶

Weiter im Unterabschnitt 10 (b):

(5) (A) No person shall be prosecuted for any violation under this section unless and until the Attorney General of the United States has advised the Commission with respect to such prosecution and no such prosecution shall be commenced except upon the express direction of the Attorney General of the United States.

(B) (i) No arrangement shall be made under section 3, no contract shall be made or continued in effect under section 4, and no license shall be issued under section 4 (e) or 7, unless the person with whom such arrangement is made, the contractor or prospective contractor, or the prospective licensee agrees in writing not to permit any individual to have access to restricted data until the Federal Bureau of Investigation shall have made an investigation and report to the Commission on the character, associations, and loyalty of such individual and the Commission shall have determined that permitting such person to have access to restricted data will not endanger the common defense or security.

(ii) Except as authorized by the Commission in case of emergency, no individual shall be employed by the Commission until the Federal Bureau of Investigation shall have made an investigation and report to the Commission on the character, associations, and loyalty of such individual.

(iii) Notwithstanding the provisions of subparagraphs (i) and (ii), during such period of time after the enactment of this Act as may be necessary to make the investigation, report, and determination required by such paragraphs, (a) any individual who was permitted access to restricted data by the Manhattan Engineer District may be permitted access to restricted data and (b) the Commission may employ any individual who was employed by the Manhattan Engineer District.

(iv) To protect against the unlawful dissemination of restricted data and to safeguard facilities, equipment, materials, and other property of the Commission, the President shall have authority to utilize the services of any Government agency to the extent he may deem necessary or desirable.

(C) All violations of this Act shall be investigated by the Federal Bureau of Investigation of the Department of Justice.

Punkt 5 (A) ermöglichte, Delinquente weiterhin erpresserisch zu weiteren Forschungen einzusetzen, indem ihre Bestrafung aufgeschoben wurde.

Der Grundsatz, dass das FBI nicht im Ausland tätig werden sollte, konnte dort, wo er nicht durch Punkt (C) ohnehin außer Kraft gesetzt war, durch den Einsatz anderer Behörden, etwa der CIA, nach Punkt (B) (iv) wettgemacht werden.

Weiter in den Subabschnitten 10 (b) und (c):

(6) This section shall not exclude the applicable provisions of any other laws, except that no Government agency shall take any action under such other laws inconsistent with the provisions of this section.

(c) INSPECTIONS, RECORDS, AND REPORTS. - The Commission is -

(1) authorized by regulation or order to require such reports and the keeping of such records with respect to, and to provide for such inspections of, activities and studies of types specified in section 3 and of activities under licenses issued pursuant to section 7 as may be necessary to effectuate the purposes of this Act;

(2) authorized and directed by regulation or order to require regular reports and records with respect to, and to provide for frequent inspections of, the production of fissionable material in the conduct of research and development activities.

Auch durch Punkt (6) konnte die ausländische Zuständigkeit des FBI in den einschlägigen Belangen argumentiert werden. Außerdem konnte es auch anhand der Untersuchungsprotokolle und -berichte nach Subabschnitt (c) ermitteln, die Kompetenz zu welchen im Übrigen auch ein Auskundschaftlich-technischer Hinsicht ermöglichte, welches nicht mit *exchange* oder *communicate*²⁷ gleichzusetzen war.

Nachfolgend der Abschnitt 11 (a):

PATENTS AND INVENTIONS

SEC. 11. (a) PRODUCTION AND MILITARY UTILIZATION.

(1) No patent shall hereafter be granted for any invention or discovery which is useful solely in the production of fissionable material or in the utilization of fissionable material or atomic energy for a military weapon. Any patent granted for any such invention or discovery is hereby revoked, and just compensation shall be made therefor.

(2) No patent hereafter granted shall confer any rights with respect to any invention or discovery to the extent that such invention or discovery is used in the production of fissionable material or in the utilization of fissionable material or atomic energy for a military weapon. Any rights conferred by any patent heretofore granted for any invention or discovery are hereby revoked to the extent that such invention or discovery is so used, and just compensation shall be made therefor.

(3) Any person who has made or hereafter makes any invention or discovery useful in the production of fissionable material or in the utilization of fissionable material or atomic energy for a military weapon shall file with the Commission a report containing a complete description thereof, unless such invention or discovery is described in an application for a patent filed in the Patent Office by such person within the time required for the filing of such report. The report covering any such invention or discovery shall be filed on or before whichever of the following is the latest: (A) The sixtieth day after the date of enactment of this Act; (B) the sixtieth day after the completion of such invention or discovery; or (C) the sixtieth day after such person first discovers or first has reason to believe that such invention or discovery is useful in such production or utilization.

Die im Absatz (1) ausgesprochene Verweigerung der Erteilung von Patenten steht im Einklang mit den Abschnitten 6 und 7 des Act. Wo die Produktion von spaltbarem Material einer staatlichen Lizenzierung bzw. die Herstellung von Kernwaffen dem Staat vorbehalten ist, besteht kein Raum für solche Patente.

Die Abgrenzung von technischen Errungenschaften, welche von der genannten Verweigerung betroffen sind, von solchen, auf die das nicht zutrifft, weil sie nicht einzig zur Produktion von spaltbarem Material oder zur Herstellung von militärischen Waffen nützlich sind, stellt in der Praxis ein zentrales Problem dar; dies insbesondere, wo echte Neuheiten vorliegen, die der prüfenden Instanz des US-amerikanischen Hegemonismus unbekannt sind, mithin gerade auf wirtschaftlich interessantem Gebiet.

Die Meldepflicht nach Absatz (3) bewirkt, dass die Kommission stets in Kenntnis von (auch ausländischen) Neuheiten auf dem Gebiet der Kerntechnik ist, welche solche neuralgischen Anwendungen betreffen; während der Erfinder, der schon bislang nur aufgrund einer Lizenz tätig werden konnte, zufolge der Kontrolltätigkeit der Kommission, welche ihr ebenfalls Kenntnis verschaffte, darauf angewiesen ist, dass der Gegenstand seiner Meldung überhaupt noch als Neuheit akzeptiert wird.

Aufgrund der scharfen Bemühungen der Kommission, ein Monopol in Sachen des Nuklearen aufrecht zu erhalten, ist die wissenschaftlich-technische Landschaft insbesondere in Entwicklungsländern schwach, sodass Patenterteilungen dort kein Entkommen aus dieser Lage bieten, ganz zu schweigen von der Tatsache, dass die Mitteilung von Erfindungen an fremde Regierungen unter Strafe stünde, wie oben gezeigt.

²⁶ Siehe dazu unten sogleich den Abschnitt 11!

²⁷ Siehe oben!

Dieses Geflecht eines Netzes führt dazu, dass der Erfinder gezwungen wird, mit der Kommission zu kooperieren, und sich im Extremfall sogar mit patentrechtlichen Lizenzen zufrieden zu geben, wo er an sich selber Erfinder der Neuheit wäre, während die Kommission die Erfindungen für sich einstreicht.

Im Verein mit abhängigen Erfindungen, die mit auf solchen aufbauen oder mit solchen zusammenhängen, deren Inhaber die Kommission bereits ist, wird dieser Zwang noch deutlicher: Zumal der fremde Erfinder auf die Erteilung einer patentrechtlichen Lizenz für die ältere Erfindung durch die Kommission als Patentinhaberin angewiesen ist, scheint für ihn die Überlassung der abhängigen Erfindung an die Kommission sowie die Zufriedenheit mit der sodann erfolgenden Erteilung einer patentrechtlichen Lizenz (für seine eigene Erfindung) durch die Kommission, noch akzeptabler als leer auszugehen oder der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung ausgesetzt zu sein.

Gefangen in diesem Netz aus Verboten, Einschränkungen und Abhängigkeiten bleibt jedes Nuklearprogramm fremder Staaten in einem Stadium stecken, welches nicht hinlangt, als eigenständige Entwicklung im Sinne des Artikels IV NPT angesehen zu werden; was hier, die bezüglichen Ausführungen zum NPT vorwegnehmend, festgehalten werden soll.

Insgesamt spornt diese Pseudorechtssituation nicht gerade zu frenetischem Forschergeist und/oder dazu an, echte Innovationen auf kernwissenschaftlichem und -technischem Gebiet publik zu machen.

Weiter im Abschnitt 11:

(b) USE OF INVENTIONS FOR RESEARCH. - No patent hereafter granted shall confer any rights with respect to any invention or discovery to the extent that such invention or discovery is used in the conduct of research or development activities in the fields specified in section 3. Any rights conferred by any patent heretofore granted for any invention or discovery are hereby revoked to the extent that such invention or discovery is so used, and just compensation shall be made therefor.

Die hierin normierte Einschränkung der Wirkung erteilter Patente baut eine weitere (mit friedlichen Mitteln) unüberwindbare Hürde für das Bestreben einer eigenständigen Nuklear-Kompetenz auf.

Es folgt Unterabschnitt 11 (c) des *Act*:

(c) NONMILITARY UTILIZATION. -

(1) It shall be the duty of the Commission to declare any patent to be affected with the public interest if (A) the invention or discovery covered by the patent utilizes or is essential in the utilization of fissionable material or atomic energy; and (B) the licensing of such invention or discovery under this subsection is necessary to effectuate the policies and purposes of this Act.

(2) Whenever any patent has been declared, pursuant to paragraph (1), to be affected with the public interest -

(A) The Commission is hereby licensed to use the invention or discovery covered by such patent in performing any of its powers under this Act; and

(B) Any person to whom a license has been issued under section 7 is hereby licensed to use the invention or discovery covered by such patent to the extent such invention or discovery is used by him in carrying on the activities authorized by his license under section 7.

The owner of the patent shall be entitled to a reasonable royalty fee for any use of an invention or discovery licensed by this subsection. Such royalty fee may be agreed upon by such owner and the licensee, or in the absence of such agreement shall be determined by the Commission.

(3) No court shall have jurisdiction or power to stay, restrain, or otherwise enjoin the use of any invention or discovery by a licensee, to the extent that such use is licensed by paragraph (2) above, on the ground of infringement of any patent. If in any action for infringement against such licensee the court shall determine that the defendant is exercising such license, the measure of damages shall be the royalty fee determined pursuant to this section, together with such costs, interest, and reasonable attorney's fees as may be fixed by the court. If no royalty fee has been determined, the court shall stay the proceeding until the royalty fee is determined pursuant to this section. If any such licensee shall fail to pay such royalty fee, the patentee may bring an action in any court of competent jurisdiction for such royalty fee, together with such costs, interest, and reasonable attorney's fees as may be fixed by the court.

Die Absätze (1) und (2) bergen die Bestätigung des oben zu Subabschnitten (a) und (b) Ausgeführten in sich. Dass hier, am Ende des Absatzes (2) die Rede vom Anrecht des Erfinders auf Lizenzgebühr ist, kann nicht über die Zwangslage hinwegtäuschen, die oben beschrieben wurde.

Indem Absatz (3) Satz 1 am Ende auf *any patent* abstellt, werden letzte mögliche Schlupflöcher, dem US-amerikanischen Monopol zu entkommen, zu Lasten solcher Erfinder gestopft, deren Patente Neuheiten betreffen, die identisch mit jenen sind, die die

Kommission als im öffentlichen Interesse gelegen bezeichnet hat. Denn zu prüfen, ob die Patentanmeldung einen neuen Gegenstand betrifft oder nicht, ist ihr offenbar nicht obliegen.

Weiter im Abschnitt 11:

(d) ACQUISITION OF PATENTS. - The Commission is authorized to purchase, or to take, requisition, or condemn, and make just compensation for, (1) any invention or discovery which is useful in the production of fissionable material or in the utilization of fissionable material or atomic energy for a military weapon, or which utilizes or is essential in the utilization of fissionable material or atomic energy, or (2) any patent or patent application covering any such invention or discovery. The Commissioner of Patents shall notify the Commission of all applications for patents heretofore or hereafter filed which in his opinion disclose such inventions or discoveries and shall provide the Commission access to all such applications.

Auch diese Bestimmung bestätigt nur das zuvor Gesagte. Weiter im Text des *Act*:

(e) COMPENSATION AWARDS, AND ROYALTIES. -

(1) PATENT COMPENSATION BOARD. - The Commission shall designate a Patent Compensation Board, consisting of two or more employees of the Commission, to consider applications under this subsection.

(2) ELIGIBILITY. -

(A) Any owner of a patent licensed under subsection (c) (2) or any licensee thereunder may make application to the Commission for the determination of a reasonable royalty fee in accordance with such procedures as it by regulation may establish.

(B) Any person seeking to obtain the just compensation provided in subsections (a), (b), or (d) shall make application therefor to the Commission in accordance with such procedures as it may by regulation establish.

(C) Any person making any invention or discovery useful in the production of fissionable material or in the utilization of fissionable material or atomic energy for a military weapon who is not entitled to compensation therefor under subsection (a) and who has complied with subsection (a) (3) above may make application to the Commission for, and the Commission may grant, an award.

(D) Any person making application under this subsection shall have the right to be represented by counsel.

(3) STANDARDS. -

(A) In determining such reasonable royalty fee, the Commission shall take into consideration any defense, general or special, that might be pleaded by a defendant in an action for infringement, the extent to which, if any, such patent was developed through federally financed research, the degree of utility, novelty, and importance of the invention or discovery, and may consider the cost to the owner of the patent of developing such invention or discovery or acquiring such patent.

(B) In determining what constitutes just compensation under subsection (a), (b), or (d) above, the Commission shall take into account the considerations set forth in paragraph (A) above, and the actual use of such invention or discovery, and may determine that such compensation be paid in periodic payments or in a lump sum.

(C) In determining the amount of any award under paragraph (2) (C) of this subsection, the Commission shall take into account the considerations set forth in paragraph (A) above, and the actual use of such invention or discovery. Awards so made may be paid by the Commission in periodic payments or in a lump sum.

(4) JUDICIAL REVIEW. - Any person aggrieved by any determination of the Commission of an award or of a reasonable royalty fee may obtain a review of such determination in the Court of Appeals for the District of Columbia by filing in such court, within thirty days after notice of such determination, a written petition praying that such determination be set aside. A copy of such petition shall be forthwith served upon the Commission and thereupon the Commission shall file with the court a certified transcript of the entire record in the proceeding, including the findings and conclusions upon which the determination was based. Upon the filing of such transcript the court shall have exclusive jurisdiction upon the record certified to it to affirm the determination in its entirety or set it aside and remand it to the Commission for further proceedings. The findings of the Commission as to the facts, if supported by substantial evidence, shall be conclusive. The court's judgment shall be final, subject, however, to review by the Supreme Court of the United States upon writ of certiorari on petition therefor under section 240 of the Judicial Code (U. S. C., title 28, sec. 347), by the Commission or any party to the court proceeding.

(Fortsetzung folgt)